

Der Volksverein für das katholische Deutschland

Von den Zeitgenossen, die den Volksverein für das katholische Deutschland in seinem Glanz und seiner Größe noch gekannt haben, weilen nur noch wenige unter den Lebenden; so wird gewünscht, daß ich einige Erinnerungen daran niederschreibe.

Meine erste Erinnerung an den Volksverein aus meiner Schulzeit ist diese: im Elternhaus sah ich eines der kleinen Zehn-Pfenning-Heftchen des Volksvereins auf dem Tisch mit der für ihn kennzeichnenden Devise: Religion – Staatshilfe – Selbsthilfe; was diese drei Dinge miteinander zu tun haben könnten, war mir noch völlig fremd; und ich zerbrach mir den Kopf darüber; so hat diese Formel sich mir bis heute eingeprägt. In meiner Studienzeit kam ich durch die sozialstudentische Bewegung (Carl Sonnenschein) zum ersten Mal in das Volksvereinshaus nach Mönchengladbach. – Ab 1924 brachte meine Tätigkeit beim Westdeutschen Verband der KAB und beim Katholischen Siedlungsdienst mich mehrfach in Berührung mit dem Volksverein. – Unmittelbar mit Angelegenheiten des Volksvereins befaßt war ich erstmals 1928. In den Jahren 1929 bis 1932 gehörte ich dem von der Zentralstelle des Volksvereins ins Leben gerufenen „Königswinterer Kreis“ an (darüber mehr in: Soziale Verantwortung. Festschrift für Götz Briefs, Berlin 1968, S. 571 ff.; Wiederabdruck demnächst in: Wie sozial ist die Kirche?, Patmos-Verlag, Düsseldorf).

Die Katholiken im Kaiserreich

Für den Menschen von heute ist es schwer, sich in die Zeitverhältnisse zurückzusetzen, in denen der Volksverein etwas Großes, für das katholische Deutschland Bedeutsames, ja geradezu Unersetzliches gewesen ist. Das Hohenzollern- und Bismarck-Reich verstand sich in Fortsetzung des protestantischen Preußen als protestantisches Kaiserreich, in dem die Katholiken Staatsbürger 2. Klasse waren; das waren sie auch in Bayern, das unter seinem katholischen Herrscherhaus sich natürlich nicht als protestantischer Staat, dafür aber als josefinisch-liberaler Staat verstand; überzeugter, seinen Glauben bekennender und nach ihm lebender Katholik zu sein bedeutete nicht nur im norddeutschen Raum, sondern auch in Bayern ein schweres Handicap. Bismarcks gleich nach der Reichsgründung eröffneter „Kulturkampf“ gegen die katholische Kirche, obwohl dank der diplomatischen Geschicklichkeit Leos XIII. in der Hauptsache beigelegt, lebte in der Erinnerung nicht nur des katholischen Klerus, sondern des katholischen Volksteils fort und bestimmte die Haltung gegenüber dem Staat: man stand diesem Staat mit starken Vorbehalten und tiefem Mißtrauen gegenüber; im Staat sah man

den Gegner der Kirche; erste „staatsbürgerliche“ Pflicht des Katholiken war, die Rechte der Kirche und des Hl. Stuhls gegen diesen Staat zu schützen. Die Zentrums-
partei, obwohl nach ihrer Satzung ihr auch nichtkatholische Christen angehören konnten und ihr in der Tat einige, wenn auch nur ganz wenige nichtkatholische Parlamentarier angehörten, war in den Augen des katholischen Volksteils sozusagen der weltliche Arm der Kirche; der Katholik gab ihr seine Stimme, weil sie für Rechte und Freiheit der Kirche eintrat; auch in Zeiten, in denen ihre parlamentarische Fraktion der Regierungsmehrheit angehörte, war sie im Sinn der großen Mehrzahl ihrer Wähler Opposition, und empfand auch die Fraktion und deren Führung sich als „potentielle Opposition“, jeden Augenblick gewärtig, Übergriffen der Staatsgewalt in den kirchlichen Bereich und imparitätischer Behandlung des katholischen Volksteils entgegenzutreten zu müssen. Nicht nur für den Klerus, sondern ebenso für die überwältigende Mehrheit der Katholiken überhaupt erschöpfte das Interesse und die Teilnahme am politischen Leben sich in der Kirchenpolitik; man wählte „Zentrum“, nicht weil man dessen politisches Programm billigte; das interessierte überhaupt nicht, wenn es überhaupt ein solches gab; man ging zur Wahl nicht aus politischem Interesse, nicht aus staatsbürgerlichem Pflichtbewußtsein, sondern als treuer Sohn seiner Kirche, um sie zu schützen, um Verteidiger ihrer Rechte ins Parlament zu entsenden.

Diese staatsbürgerliche Situation des katholischen Volksteils im Bismarck-Reich bildet die Voraussetzung für die Gründung und für die so überaus erfolgreiche Wirksamkeit des Volksvereins in seiner großen Zeit, d. i. bis zum 1. Weltkrieg.

Dazu kommt aber ein zweiter, ebenso bedeutsamer Umstand. Die Katholiken waren nicht nur Staatsbürger 2. Klasse; der katholische Volksteil war auch in vieler anderer Hinsicht benachteiligt, ja rückständig. Wenn noch heute der katholische Volksteil an den höheren Schulen und Hochschulen (Universitäten) unterrepräsentiert ist, so ist das nur ein letzter Überrest der damaligen allgemeinen „Inferiorität“. Ein gewichtiger Grund dieser Inferiorität lag darin, daß die Katholiken sich schwer taten, den Schritt in das industrielle Zeitalter, den Deutschland damals tat, mitzuvollziehen. Zum Teil hatte das wirtschaftsgeographische Gründe; die Gebietsteile mit überwiegend katholischer Bevölkerung wiesen vielfach weniger günstige natürliche Voraussetzungen für industrielle Entwicklung auf; in der Hauptsache aber lag es an Bedenken gegen die neue „kapitalistische“ Wirtschaftsweise. Zutreffend erkannte man die Gefahren, die sie mit sich brachte, nicht nur die ethische Gefahr eines einseitig überspannten Erwerbsstrebens auf Kosten höherer kultureller, ethischer und religiöser Werte, sondern auch die soziologischen Konsequenzen: Auflösung der bisher bestandenen, fälschlich als normativ („gottgewollt“) angesehenen Strukturen, Proletarisierung der aus diesen Strukturen herausfallenden Menschen u. a. m.

Eine Wende durch den Volksverein?

Ein wirtschaftlich und bildungsmäßig „inferiorer“ Volksteil war niemals imstande, seine staatsbürgerliche Zurücksetzung zu überwinden; um staatsbürgerlich mit der protestantischen oder doch antikatholisch-liberalen Mehrheit gleichziehen zu können, mußte der katholische Volksteil seine wirtschaftliche und bildungsmäßige Inferiorität überwinden. Dazu aber bedurfte es des entscheidenden Bruchs mit der Anhänglichkeit an überholte ökonomische und soziologische Strukturen; dazu bedurfte es des entschlossenen Sprungs hinein in die damals zu ihrer Gipfelhöhe emporsteigende industrielle und weltwirtschaftliche Entwicklung. Das war die Aufgabe, die Windthorst, der große Führer des politischen Katholizismus der Bismarck-Zeit, dem noch kurz vor seinem Tod gegründeten Volksverein übertrug und die dieser aus seinen Händen entgegennahm.

Kirchlicherseits wäre man wohl geneigt gewesen, einen allgemeinen Katholikenverein ins Leben zu rufen, um kirchliche Belange in der Öffentlichkeit zu vertreten. Ein solcher Verein ist im Grund überflüssig. Wie alle Staatsbürger den Staat bilden und nicht nötig haben, noch einmal eigens einen Staatsbürgerverein zu bilden, so bilden die Katholiken alle zusammen die Kirche; daneben bedarf es nicht noch einmal einer vereinsmäßigen Zusammenfassung der gleichen Katholiken in einem Katholikenverein; der „Verein“ der Katholiken auf Pfarrebene ist die Pfarrei, auf Diözesanebene die Diözese, auf Weltebene die Weltkirche. Sinnvoll kann der vereinsmäßige Zusammenschluß für *spezielle* Aufgaben sein; wie es Sinn hat oder jedenfalls haben kann, daß Staatsbürger in ihrer Eigenschaft als Steuerzahler sich zum Bund der Steuerzahler zusammenschließen, so kann es sehr wohl auch guten Sinn haben, daß nicht nur katholische Arbeiter sich zu einem katholischen Arbeiterstandesverein zusammenschließen, sondern auch, daß eine möglichst große Zahl von Katholiken eines Landes vereinsmäßig organisiert die Aufgabe in die Hand nimmt, den katholischen Volksteil an den Staat heranzuführen und ihm in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat volle Gleichberechtigung zu erkämpfen.

Gelingt dieses Unternehmen, so kommt das zweifellos auch der Kirche in vielfacher Hinsicht zustatten; seinem Inhalt nach aber ist es keine Aufgabe der Kirche als solcher. Die Aufgabe ist ausgesprochenermaßen (staats-, nicht partei-) *politischer* Natur. Die kirchliche Autorität mag darauf achten, daß die an dieser Aufgabe sich beteiligenden Katholiken bei all ihren Schritten und Maßnahmen wirklich *als* Katholiken, d. i. in Übereinstimmung mit dem handeln, was ihr katholischer Glaube und das Gesetz Gottes sie lehrt; die Leitung aber kann nur in den Händen einer Führungsgruppe liegen, die große Erfahrung in politischen, ökonomischen und sozialen Dingen mit ebenso großem Weitblick verbindet. Glaube und Sittengesetz lehren uns, was man zu *meiden* hat, weil es böse wäre; darüber, was sich tun läßt und welche von den sich bietenden Möglichkeiten man nutzen soll, weil sie am ehesten oder am sichersten zum Ziel führt, darüber kann nur die Klugheit und die Erfahrung urteilen. Heute,

nach Johannes XXIII. („Pacem in terris“) und dem 2. Vatikanischen Konzil, sind das selbstverständliche Dinge; damals fingen solche Erkenntnisse eben erst an, sich Bahn zu brechen, waren aber noch im höchsten Maß bestritten. Windthorsts Weitblick hat, so darf man heute wohl sagen, insoweit das 2. Vatikanische Konzil vorweggenommen.

Wie aber ließ sich die Aufgabe, die Windthorst dem Volksverein zugedacht hatte, praktisch anpacken?

Der strategische Durchbruch: die Sozialpolitik

Bloß Forderungen an den übermächtigen Staat zu stellen wäre bestimmt ohne jeden Erfolg geblieben, hätte höchstens den Gegensatz zwischen Staat und katholischem Volksteil noch vertieft. Es kam darauf an, eine *Leistung* zu vollbringen, durch die der katholische Volksteil sich Achtung errang, indem er sich als staatstragend erwies und dadurch dem Staat Achtung abnötigte, die auf die Dauer dann auch die Gleichberechtigung nach sich ziehen würde. Dazu aber mußte die Führung des Volksvereins den katholischen Volksteil aus seiner Beharrung in überholten Vorstellungen und Verhaltensweisen lösen, ihn an eine Aufgabe heranzuführen, in der er Selbstvertrauen gewann und sein Inferioritätsbewußtsein überwand. Das konnte nur eine Aufgabe sein, die im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich lag, mit ihrer Spitze aber in den politischen Bereich hineinragte. Eine solche Aufgabe brauchte gar nicht erst gesucht zu werden; sie drängte sich ganz von selbst auf; es war die *Sozialpolitik*.

Deutschlands beispielloser Aufstieg in der kaiserlichen Zeit (1871–1914) war getragen von dem wirtschaftlichen Aufschwung, d. i. von der industriellen Entwicklung im Übergang vom Agrar- zum voll entwickelten Industriestaat, verbunden mit dem Eintritt in die Weltwirtschaft. Diese Entwicklung wies alle Übelstände des ungebändigten Kapitalismus der industriellen Früh epoche auf und stellte damit die Grundlagen der gesellschaftlichen und damit unvermeidlich auch der staatlichen Ordnung in Frage. Um die mit der Reichsgründung errungene Weltgeltung zu behaupten und auszubauen, mußte Deutschland diese industrie-kapitalistische Entwicklung unbeirrt fortsetzen; tat es dies, dann lief es Gefahr, an den ungelösten inneren Problemen seiner sozialen Ordnung zu zerbrechen. Offenbar waren weder Bismarck noch die Reichsregierungen nach ihm gewillt, auf die Machtpolitik und deren ökonomische Untermauerung zu verzichten; dann aber mußten die gesellschaftspolitischen Gefahren der industrie-kapitalistischen Entwicklung entschärft werden. Bekämpfung der Sozialdemokratie hatte nicht zum Ziel geführt; das erfolglose Sozialistengesetz lief 1890 aus. Konnte der katholische Volksteil die rettende Hilfe leisten?

Solange der katholische Volksteil die industrie-kapitalistische Entwicklung überhaupt ablehnte und im Denken und Verhalten der vorindustriellen Zeit verharrete, konnte er es offenbar nicht. Dazu mußte er erst lernen, sauber zwischen dem Berech-

tigten und Notwendigen dieser neuen Entwicklung und dem, was sie an Verderblichem, an Verwerflichem und an Gefahren mit sich brachte, zu unterscheiden. Hatte er das gelernt und damit seine bisherigen Hemmungen überwunden, dann konnte er in diese Entwicklung eintreten und konnte sich daran beteiligen, den sozial ungebändigten Kapitalismus zum „sozial temperierten Kapitalismus“ (Briefs) zu bändigen, seine ökonomische Fruchtbarkeit zu erhalten oder noch zu steigern, seine gesellschaftspolitische Gefährlichkeit auf ein verantwortbares Maß herunterzudrücken. Damit war dem Volksverein seine Aufgabe vorgezeichnet. Geistiger Träger dieser Aufgabe konnte naturgemäß nur eine Elite, ein kleiner ausgewählter Führungsstab sein; die Masse der Mitglieder war mindestens im Anfang viel weniger Subjekt als Objekt dieser Aufgabe. Die ungeheuerere erzieherische Aufgabe des Volksvereins bestand darin, zunächst seine Mitglieder, auf dem Weg über sie aber allmählich den ganzen katholischen Volksteil oder doch dessen bestimmende, meinungsbildende Mehrheit in diesem Sinn zu schulen und zu festigen. Kurz, es galt, den katholischen Volksteil an die *Wirtschaft* von heute und die mit ihr verbundene soziale (gesellschaftspolitische) *Problematik* und auf dem Weg über diese an den von dieser Wirtschaft getragenen und mit dieser Problematik ringenden *Staat* heranzuführen.

Die Katholiken mußten lernen, die in der Gegenwart allein mögliche *Wirtschaftsweise* nicht als eine Gefahr für ihr Seelenheil, sondern als eine ihnen gestellte, von ihnen sowohl technisch als auch ethisch zu meisternde Aufgabe und den *Staat* nicht als zu bekämpfenden Feind ihrer Kirche, sondern als Gegenstand gemeinsamer Verantwortung aller Staatsbürger zu erkennen und zu behandeln.

Auf politischer, speziell parlamentarischer Ebene war es die Sozialpolitik, die unmittelbare Gelegenheit zum Einstieg bot. Als Bismarck zu der Einsicht gelangt war, daß es, um die bestehende gesellschaftliche und staatliche Ordnung bei Bestand zu erhalten, unerlässlich sei, durch sozialpolitische Maßnahmen sie für die breiten Massen der Arbeiterschaft wenigstens einigermaßen erträglich zu machen, also den am stärksten empfundenen Übelständen und Notlagen abzuhelpen, fand er dafür im Reichstag wenig Bereitschaft vor. Von der damaligen Sozialdemokratie war in dieser Hinsicht nichts zu erwarten, da sie alle die Lage erleichternden Maßnahmen nur als Verschleppung der großen Lösung ansah und als solche natürlich bekämpfen mußte. Entschiedene Unterstützung und Förderung fanden Bismarcks sozialpolitische Bestrebungen nur bei der Zentrumsfraktion des Reichstags, die aus religiös fundiertem Ethos sich dazu verpflichtet wußte und glücklicherweise über einige gerade dafür ausgezeichnet qualifizierte Mitglieder verfügte. Mehrere davon gehörten gleichzeitig dem Führungsstab des Volksvereins an oder standen doch in engster Tuchfühlung mit ihm; fast kann man von Personalunion zwischen Volksvereinsführung und den in der Sozialpolitik führenden Männern der Zentrumsfraktion sprechen. So wurden Volksverein und Zentrum in der deutschen Sozialpolitik führend.

Daß es dem Volksverein mit einem verhältnismäßig kleinen Apparat (Zentralstelle in Mönchengladbach, einige Landesstellen in anderen Teilen des Reichs) gelang, eine

so ungeheuere Mitgliederzahl (Höchststand 800 000) zu gewinnen und mit seinem Schrifttum das ganze katholische Volk zu durchdringen und dessen Haltung in Fragen des staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu prägen, ist nur zu verstehen, wenn man sich Rechenschaft gibt, daß der Volksverein damals so gut wie keiner Konkurrenz ausgesetzt war. Die große Zahl katholischer Organisationen, die wir heute kennen, sind erst jüngeren Datums. Viele von ihnen verdanken dem Volksverein ihr Dasein; manche von ihnen kann man geradezu als Ausgliederungen des Volksvereins bezeichnen. Indem der Volksverein zur Gründung so zahlreicher spezieller Organisationen anregte und selbst bei deren Gründung mithalf, grub er sich selbst das Wasser ab. Im großen und ganzen wird man wohl sagen müssen, daß diese Spezialisierung notwendig war; mit der Zeit wurden die Aufgaben viel zu zahlreich und zu vielseitig, als daß man sie von einer Stelle aus hätte bewältigen können; namentlich da, wo spezielle Interessen im Spiel waren, empfahl es sich, sie in die Hände von Trägern eben dieser Interessen selbst zu legen. Nachdem aber alle diese jungen Organisationen aus dem Vaterhaus des Volksvereins ausgeflogen waren, befand sich dieser in der gleichen Lage wie ein Elternpaar, dessen zahlreiche Kinder inzwischen alle ihre eigenen Familien gegründet haben.

Der Volksverein entsprach genau den Bedürfnissen der Zeit seiner Gründung bis zum 1. Weltkrieg; durch seine eigene beispiellose und in der ganzen katholischen Welt bewunderte Leistung hat er sich selbst mehr und mehr überflüssig gemacht. Vom Erzieher sagt man, er erfülle seine Aufgabe damit, daß er sich überflüssig mache. Genau das hat der Volksverein in glänzender Weise geleistet; er war ein Volkserzieher allerhöchsten Rangs.

Bösartigster Gegner: der Integralismus

Man darf es sich nun aber nicht so vorstellen, als habe der Volksverein in den Jahren, in denen er sozusagen allein das Feld beherrschte, unangefochten dagestanden und unbestritten seinen Weg gehen können. Er hatte keine Konkurrenten; darin lag seine große Chance; aber er hatte Gegner. Seine Linie, insbesondere seine staatspolitische und noch viel mehr seine, wie wir heute sagen würden, gesellschaftspolitische Linie wurde hart bekämpft. Der große weltanschauliche Gegner war der „Integralismus“, jene Irrlehre, die, um „integral katholisch“ zu sein, auch die weltlichen Sachbereiche *als solche* „katholisch“ machen wollte. Ihnen allen – insbesondere dem Staat, der Gesellschaft und der Wirtschaft – jeden Eigenstand, jeden Eigenwert und erst recht jede Eigengesetzlichkeit absprechend wollte der Integralismus sie lediglich als *Dienstwerte* gelten lassen, insoweit sie für das durch die Kirche herbeizuführende ewige Heil irgendwie als Hilfsmittel zu gebrauchen seien. Folgerecht sollten alle diese Bereiche „aus dem Katholischen heraus“ entwickelt und gestaltet werden; sie alle sollten kirchlichem, d. h. kirchenamtlichem Einfluß unterliegen, und die in diesen Sachbereichen

wirkenden Laien hätten nur im Einvernehmen mit den kirchlichen Instanzen zu handeln und sich ständig deren Einverständnisses mit ihren Maßnahmen zu vergewissern; tunlichst sollten an allen zu treffenden Entscheidungen Geistliche als Vertrauensleute des Episkopats beteiligt sein, angefangen von den gesetzgebenden Körperschaften bis herab zu Studentenvereinigungen, Bauernvereinen, Handwerksinnungen und – falls man deren Berechtigung überhaupt anerkannte – Gewerkschaften. In einem Land wie Deutschland, wo der katholische Volksteil nur eine Minderheit (damals rund ein Drittel) ausmachte, bedeutete das die institutionalisierte Verfestigung der Ghettosituation und damit das genaue Gegenteil dessen, was der Volksverein als seine Aufgabe erkannte und betrieb.

Im *politischen* Bereich spitzte die Auseinandersetzung sich vor allem darauf zu, ob die mit dem Volksverein so eng verbundene Zentrumspartei eine „politische“ oder eine „katholische“ Partei sein solle. Hinter diesem uns heute unverständlich gewordenen Streit um die Partei verbarg sich der viel tiefer liegende grundsätzliche Streit um den Staat selbst: dürfen wir, ohne unserem katholischen Glauben untreu zu werden, im Staat – auch wenn dieser selbst sich anders versteht – etwas anderes erblicken als einen Dienstmann der Kirche, der dieser für *ihre* Wirksamkeit *seinen* „weltlichen Arm“ zu leihen hat? Ist dies die katholische Auffassung vom Staat, dann können die Katholiken in der Tat keine „politische“, sondern nur eine „katholische“ Partei bilden und unterstützen, d. h. eine Partei, die sich von vornherein im grundsätzlichen Gegensatz zu diesem sich anders verstehenden Staat sieht und sich bei ihren Entschlüssen und Maßnahmen nicht von *sachbezogenen* „politischen“ Erwägungen, sondern ausschließlich von jeweils einschlägigen kirchlichen oder *kirchenpolitischen* Rücksichten leiten läßt.

Die öffentliche Diskussion über dieses Thema knüpfte sich vor allem an den berühmt gewordenen Artikel der Kölnischen Volkszeitung „Aus dem Turm heraus“ aus der Feder von C. Bachem, nachdem die Integralisten sich selbst und mit sich den ganzen katholischen Volksteil politisch im „Zentrums-Turm“ hatten einmauern wollen; wer aus diesem Turm ausbrach, galt ihnen als Überläufer zum Feind. Dem Gedächtnis der Zeitgenossen hat sich eine Zusammenkunft katholischer Politiker und Publizisten, die sogenannte „Osterdienstagskonferenz“, als Höhepunkt dieses Streits eingeprägt.

Von all diesen Irrungen und Wirrungen hat der Volksverein, haben die leitenden Männer der Zentralstelle in Mönchengladbach sich niemals anfechten lassen. Urteile ich recht, dann lag ihnen eine solche Problematik überhaupt und erst recht die integralistische Ideologie schon ganz und gar nicht; ihre Stärke war nicht das Problematisieren, sondern der Realitätssinn und die Praxis. In *dieser* Frage standen sie zudem, obwohl mindestens zwei Mitglieder des deutschen Episkopats, Kardinal Georg Kopp, Fürstbischof von Breslau, und Michael Felix Korum, Bischof von Trier, dem Integralismus zuneigten, noch unter *keinem* kirchenamtlichen Druck.

Das Ja zur „kapitalistischen“ Wirtschaftsweise

Viel unmittelbarer als von der Kontroverse um den „politischen“ oder „katholischen“ Charakter der Zentrumspartei war der Volksverein in Mitleidenschaft gezogen von dem Streit um die grundlegende Auffassung von *Gesellschaft und Wirtschaft*. In katholischen Kreisen, die sich weit über die integralistischen hinaus erstreckten, herrschte immer noch die Vorstellung der (herrschafts-)ständischen Gesellschaft von vor 1789. Mindestens im Unterbewußtsein bestand die Vorstellung fort von der führenden Stellung von „Adel und Klerus“ als „gottgewollt“. Mit dem in der französischen Revolution siegreichen Bürgertum hatte man sich arrangiert („man“ gehörte ihm ja selber an!), aber mit der neuen gesellschaftlichen Großgruppe, damals zutreffend als „Proletariat“ bezeichnet, kam man nicht zurecht. Insofern dieses Proletariat als eine Schöpfung oder Ausgeburt der neuen „kapitalistischen“ Wirtschaftsweise erschien, lehnte man diese Wirtschaftsweise ab ohne zu prüfen, ob sie das Elend dieser Massen *hervorgebracht* oder nicht vielleicht nur auch schon bisher bestandene, aber nicht genügend beachtete Elendszustände *sichtbar* gemacht, zugleich aber auch schon die Möglichkeit ihrer *Überwindung* eröffnet habe – machte sie es doch erstmals möglich, nicht mehr die Menschenzahl an die verfügbaren Unterhaltsmittel, die Familiengründung an die Zahl der vorhandenen „Stellen“ zu binden, sondern umgekehrt die Unterhaltsmittel den Bedürfnissen nicht nur der vorhandenen, sondern einer wachsenden Menschenzahl anzupassen. Die ungeheuerlichen Ausschreitungen des ungezügelten Frühkapitalismus machen es allerdings verständlich, daß viele dazu neigten, mit den Auswüchsen zusammen auch die Wirtschaftsweise selbst, der sie anzulasten waren, zu verdammen und die herrschafts- und geburtsständisch gebundene Wirtschaft der „katholischen“ Vergangenheit nicht nur zu glorifizieren, sondern zu verabsolutieren.

Hier war der Volksverein unmittelbar engagiert, ging doch sein ganzes Streben dahin, den katholischen Volksteil an der mit Riesenschritten in den Industriekapitalismus einführenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur *teilnehmen*, sondern ihn diese Entwicklung *mittragen* zu lassen. So polarisierten sich die – wenn man sie abkürzend so nennen darf – prokapitalistische und antikapitalistische Richtung im deutschen bzw. deutschsprachigen Katholizismus unter *Mönchengladbach* oder Volksverein auf der einen und *Wien* oder Vogelsangschule auf der anderen Seite. Heute weiß wohl jeder, daß nur der Weg, den Mönchengladbach gegangen ist, gangbar war. Woraus aber Mönchengladbach damals die Unbeirrbarkeit schöpfte, mit der es unbekümmert um alle Verketzerung seinen Weg ging, ist nicht leicht zu erklären. Unsere heutigen Erkenntnismittel standen ihm noch nicht zu Gebote; eine ausgebildete Sozialphilosophie, die imstande gewesen wäre, sich mit Karl Marx auf der einen, mit der Vogelsangschule und ähnlichen Historizismen und Romantizismen auf der anderen Seite sauber auseinanderzusetzen, gab es damals auf katholischer Seite noch nicht. Man hat den Mönchengladbachern damals vorgeworfen und tut es gelegentlich wohl auch noch heute, sie seien einfach mit dem Strom geschwommen. Ganz unberechtigt ist dieser

Vorwurf nicht, der auch nicht dadurch entkräftet wird, daß sie unserer heutigen Erkenntnis nach mit dem *richtigen* Strom geschwommen sind. Der *Erfolg* hat ihnen unbestreitbar Recht gegeben, aber das könnte ja Glückssache sein und bedeutet daher hier, wo es um das Grundsätzliche geht, noch keine Rechtfertigung. Wohl aber kann man sagen: die Mönchengladbacher waren im guten, ja im besten Sinn des Worts „Realisten“; sie sahen die Dinge durch keine ideologische Brille, und darum sahen sie sie im großen und ganzen *richtig*. Überdies hatte bereits Leo XIII. seinen Ausführungen in „*Rerum novarum*“ (1891) die kapitalistische Wirtschaftsweise zugrunde gelegt, *ohne* sie grundsätzlich zu beanstanden oder gar zu verdammen; so geriet der Volksverein denn auch in *dieser* Frage noch nicht unter kirchenamtlichen Druck.

Der unselige deutsche Gewerkschaftsstreit

Zu solchem Druck oder doch zum Versuch solchen Drucks kam es erst bei der konkreten Anwendung auf die *Gewerkschaftsfrage*. Für uns Heutige ist es fast unvorstellbar, daß damals noch gefragt werden konnte, ob es Gewerkschaften überhaupt geben, ob der Arbeiter, erst gar der *katholische* Arbeiter sich gewerkschaftlich organisieren dürfe. Ob andere Leute – beispielsweise Bauern, Handwerker oder „Unternehmer“ (!) – sich organisieren und mittels ihrer Organisation ihre Interessen geltend machen dürften, hat man nie gefragt. Dem Arbeiter aber war die Vereinigungsfreiheit damals auch durch die staatliche Gesetzgebung entweder völlig versagt oder doch weitgehend eingeschränkt, dies auch noch zu einer Zeit, nachdem Leo XIII. in „*Rerum novarum*“ das Koalitionsrecht der Arbeiter schon längst als angeborenes Menschenrecht erklärt hatte. Im Bewußtsein derer, die sich als „*die* Gesellschaft“ ansahen – und dazu gehörte zweifellos auch die große Mehrheit des Klerus –, war der Arbeiter zwar anthropologisch und theologisch „Mensch“, d. h. Ebenbild Gottes und durch Christus erlöst, *soziologisch* aber zählte er nicht zur Gesellschaft, sondern war deren „Hintersasse“, stand draußen vor der Tür der Gesellschaft, und dies auch dann noch, als er als *Staatsbürger* bereits am allgemeinen Wahlrecht (in Preußen allerdings nur am Drei-Klassen-Wahlrecht in der dritten Klasse) teilhatte.

Von der *Kirche* aus gesehen waren die (katholischen) Arbeiter *Objekte* der Seelsorge. Als solche sollten sie sich in katholischen Arbeitervereinen sammeln, in denen der geistliche Präses ihnen die ihren Bedürfnissen entsprechende Seelsorge angedeihen lassen konnte (auch Leo XIII. hatte sich die Vereinigungen der Arbeiter als solche vorgestellt, in denen die religiösen Angelegenheiten zwar nicht den einzigen, aber doch ausgesprochenenmaßen den *ersten* Platz einnehmen sollten). Die damalige Generation unserer Arbeiterseelsorger (von der Unternehmerseite als die „Hetzkapläne“ verschrien) hat, vom Volksverein bestens unterstützt, ihre Aufgabe in vorbildlicher Weise dahin verstanden, aus den *Objekten* ihrer Seelsorge *Subjekte* einer (katholischen) Arbeiterbewegung zu machen; das ist und bleibt ihr unvergänglicher Ruhm, eine *Großtat*, die sich

neben dem uns zeitlich näher stehenden Werk des Schöpfers der CAJ, Kardinal Cardijn, in allen Ehren sehen lassen kann.

In der Frage, ob und gegebenenfalls wie die katholischen Arbeiter sich organisieren dürften, kam es insbesondere auch im Episkopat zu scharfer Polarisierung der Meinungen – und hier spielte der Integralismus eine äußerst verhängnisvolle, zum Teil auch zwielichtige Rolle. Unverkennbar berührt diese Frage den seelsorglichen Bereich. Der katholische Arbeiterverein als Instrument der *Arbeiterseelsorge*, auch wenn der geistliche Präses ihn zu einem Instrument der *Arbeiterbildung* fortentwickelte, war, solange er sich politischer und wirtschaftlicher Interessenvertretung enthielt, durchaus unproblematisch; auch von Unternehmerseite bekamen die Bischöfe, solange der religiöse Einfluß die Arbeiter anspruchslos und unterwürfig erhielt, keine Klagen zu hören. War das Bildungswesen der sozialdemokratischen Partei und der sozialistischen Gewerkschaften gefürchtet, weil dort *Wissen als Macht* gewertet und vermittelt wurde, so hatte die in den katholischen Arbeitervereinen vermittelte Bildung bis zum Beweis des Gegenteils die Vermutung für sich, „ungefährlich“ zu sein. Sollte es nun – das war die Frage – für die katholischen Arbeiter bei der Zugehörigkeit zu den „frommen“ Arbeitervereinen sein Bewenden haben? Oder sollte der katholische Arbeiterverein sich wandeln und zugleich auch die Funktionen einer Gewerkschaft übernehmen? Oder sollten diejenigen, die als *Katholiken* dem katholischen Arbeiterverein angehörten, in ihrer Eigenschaft als *Arbeiter* einer Gewerkschaft beitreten?

Mit Ausnahme der unbedeutenden (liberalen) *Hirsch-Dunckerschen* Gewerkschaften waren die damals in Deutschland bestehenden Arbeitergewerkschaften (für die Angestellten lagen die Dinge anders) ausgesprochen sozialistisch orientiert, und zwar im Sinn des marxistischen Sozialismus, der sich 1891 das Erfurter Programm gegeben hatte. Mochte auch die gewerkschaftliche Praxis stark vom Dogmatismus der Partei abweichen, so war doch für gläubige Christen in diesen Gewerkschaften kein Raum. Wollten die katholischen Arbeiter also nicht auf gewerkschaftliche Interessenvertretung verzichten, dann hatten sie nur die Wahl, *entweder* die katholischen Arbeitervereine so auszubauen, daß sie auch gewerkschaftliche Funktionen übernehmen konnten, *oder* eigene Gewerkschaften zu gründen, denen dann auch andere, den marxistischen Sozialismus und den in den sozialistischen Gewerkschaften herrschenden militanten Atheismus ablehnende Arbeiter sich anschließen konnten.

Uns Heutigen scheint das nichts anderes als eine Frage der Praktikabilität zu sein. An erster Stelle: lassen die katholischen Arbeitervereine sich zu einer Art Gewerkschaft oder Gewerkschaftsersatz ausbauen und haben sie als solche die Chance, die Arbeiterinteressen wirksam zu vertreten? Beides ist rundweg zu verneinen. Die Gliederung der Arbeitervereine nach Pfarreien macht sie, auch wenn man sie nach Berufen in „Fachabteilungen“ aufgliedert (die damaligen Gewerkschaften waren überwiegend Berufs-, nicht wie heute Industrie-Gewerkschaften), zu gewerkschaftlichen Maßnahmen, insbesondere zur Führung von Arbeitskämpfen, ganz und gar *untauglich*, ganz abgesehen davon, ob der geistliche Präses dazu geeignet und bereit war, gegebenenfalls

die Streikleitung zu übernehmen. Von Rechts wegen und ehrlicher Weise – so meinen wir heute – hätte darum der Gedanke an eine Lösung dieser Art von vornherein ausscheiden müssen. Die Integralisten dachten darüber anders. Da sie mit Berufung auf Leo XIII., der den Streik als ein Übel beklagt hatte, den Streik als *sittliches* und darum unter allen Umständen zu meidendes Übel ansahen, war die aus der organisatorischen Struktur der Arbeitervereine resultierende Streikunfähigkeit in ihren Augen kein abschreckendes Hindernis, sondern im Gegenteil ein *Vorzug*. Fachabteilungen im katholischen Arbeiterverein statt einer echten Gewerkschaft ließen klassenkämpferische Gedanken und vor allem Gedanken an Arbeitskämpfe (Streik) von vornherein gar nicht aufkommen; war der Gewerkschafter entschlossen und gerüstet, seine Ansprüche notfalls mit Mitteln des Arbeitskamps (Streik) durchzusetzen, so kam der „Fachabteiler“ gar nicht in eine solche Versuchung. – Daß der Klassenkampf nicht unbedingt verwerflich ist, daß es auch einen *gerechten* Klassenkampf gibt und daher auch klassenkämpferische Maßnahmen von der Art der Arbeitskämpfe (Streik u. a. m.) unter Umständen *berechtigt* sein können, hat erstmals Pius XI. 1931 ausgesprochen; für die Integralisten kam das einer Gotteslästerung nahe.

Die grundsätzliche Ablehnung des gewerkschaftlichen Prinzips (wenn anders zur Gewerkschaft die Fähigkeit und der Wille gehört, erforderlichenfalls Arbeitskämpfe zu führen) war jedoch nicht der einzige Einwand, den die Integralisten gegen die Mitgliedschaft katholischer Arbeiter in Gewerkschaften ins Feld führten. Die nicht-sozialistischen, sich selbst als christlich-national bezeichnenden Gewerkschaften wollten nicht nur Katholiken, sondern ebenso auch nicht-katholische Christen als Mitglieder aufnehmen, m. a. W., sie verstanden sich nicht als konfessionelle, sondern als *interkonfessionelle* Organisationen. Heute, im Zeitalter ökumenischer Zusammenarbeit, ist die integralistische Verlästerung jeglicher Zusammenarbeit über die Konfessionsgrenzen hinweg auch in rein weltlichen Dingen als charakterlose Verleugnung des eigenen Glaubens und Verrat an der Kirche uns vollends unverständlich geworden. Damals aber glaubten auch einzelne Bischöfe und nicht zuletzt der hl. Papst Pius X., in interkonfessionellen Gewerkschaften eine Gefahr für die Reinheit des Glaubens sehen zu müssen, und hatten daher *seelsorgliche Bedenken*, die man merkwürdigerweise anderen Verbänden oder wohl richtiger gesagt anderen Bevölkerungsschichten nicht entgegenbrachte. Die „christlichen“ Bauernvereine waren von jeher unbeanstandet interkonfessionell. Bei der großen Zahl wirtschaftlicher Organisationen einschließlich der den Gewerkschaften unmittelbar gegenüberstehenden Arbeitgeberverbände kam noch niemand auf den Gedanken, nach der religiösen oder weltanschaulichen Einstellung der Mitglieder zu fragen. So war es befremdend und wurde auch von den treu katholischen Arbeitern als befremdend empfunden, daß man bei ihnen als bedenklich ansah, was allen anderen bedenkenfrei zustand. – Bei den Integralisten, die Theologen und Priester (Seelsorger) waren, dürfte die Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften wirklich der Grund gewesen sein, weswegen sie sie ablehnten, bei den anderen Rufern im Streit bin ich dessen nicht ebenso sicher. Ich kann den Argwohn nicht los-

werden, daß bei einigen von ihnen der Eifer für die Reinheit des Glaubens und das Seelenheil der katholischen Arbeiter nur ideologische Verdeckung des aus dem Bewußtsein verdrängten wahren Grundes war: der Arbeiter sollte so ohnmächtig bleiben, wie er war; darum keine *echten*, sondern „gelbe“ Gewerkschaften in Gestalt der *Fachabteilungen* im Arbeiterverein.

Mit denkbar bestem Recht durften die mutigen und treu katholischen Arbeiter, die Mitte der 1890er Jahre die christlichen Gewerkschaften gegründet und sich damit gegen den Widerstand, um nicht zu sagen gegen die Verfolgung durch die mächtigen sozialistischen Gewerkschaften durchgesetzt hatten, für diesen ihren Einsatz gegen den in den sozialistischen Gewerkschaften damals herrschenden militanten Atheismus Anerkennung und Ermutigung von kirchlicher Seite erwarten; stattdessen mangelnder Treue zu ihrem Glauben und ihrer Kirche bezichtigt, ja geradezu verketzert zu werden, mußte für sie eine unvorstellbar bittere Enttäuschung bedeuten. Dieser „deutsche Gewerkschaftsstreit“, der Streit, ob katholische Arbeiter, die sich gegen den marxistischen Sozialismus stellten, zur Verteidigung ihrer Rechte sich in *christlichen* Gewerkschaften mit nicht-katholischen Christen zusammenschließen dürfen, ist eines der traurigsten und beschämendsten Ereignisse der deutschen Kirchengeschichte; er hat der Kirche einen Verlust an Anhängerschaft und an Vertrauen eingetragen, der nie wieder gutzumachen ist. – Der der jüngeren Generation allein bekannte, in den 1950er Jahren mit genau entgegengesetzten Fronten geführte Streit um die versuchte Wiederbegründung christlicher Gewerkschaften ist auch *nicht von fern* mit der Bitterkeit des Gewerkschaftsstreits um die Jahrhundertwende zu vergleichen. Wie tief der Riß war, der damals durch die kirchentreue katholische Arbeiterschaft, aber auch durch den Klerus der von diesem Streit am stärksten betroffenen Bistümer ging, davon macht man sich heute keine Vorstellung mehr.

An diesem Streit war der Volksverein ein Hauptbeteiligter; selbstverständlich stand er von Anfang an mit aller Entschiedenheit auf der gewerkschaftlichen Seite. Eine starke Stütze hatte er dabei im damaligen Erzbischof von Köln, Kardinal Antonius Fischer, aber auch in der führenden katholischen Tageszeitung, der im Haus Badem gleichfalls in Köln erscheinenden „Kölnischen Volkszeitung“. So wurde Köln-Mönchengladbach die schlagwortartige Bezeichnung für die gewerkschaftsfreundliche Richtung. Für die andere, d. i. die christlichen Gewerkschaften, im Grund aber Gewerkschaften überhaupt *ablehnende*, nur Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine zulassende Richtung setzten sich vor allem Kardinal Georg Kopp, Fürstbischof von Breslau, zu dessen Bistum damals noch Berlin gehörte, und Bischof Michael Felix Korum von Trier ein. Da der Verband der katholischen Arbeitervereine dieser beiden Bistümer den Klammerzusatz „Sitz Berlin“ in seinem Namen führte, bezeichnete man diese Richtung als die „Fachabteiler“ oder kurz als die „Sitz-Berliner“.

In seinem Werk „Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert und der Volksverein“ (Köln 1954) beschreibt Emil Ritter im einzelnen, wie der Volksverein diesen Konflikt durchstand; das braucht hier nicht wiederholt zu werden.

Worauf es ankommt ist allein, daß der Leser sich bemüht, sich in die damalige Lage hineinzusetzen, um zu würdigen, was die damals in der Verantwortung stehenden Männer ertragen mußten, welchen Belastungen ihre Kirchentreu und ihr Vertrauen zur kirchlichen Hierarchie ausgesetzt war, wenn sie jederzeit gewärtig sein mußten, das, was sie in der lautersten Absicht, ihrem Volk und ihrer Kirche zu dienen, mit vieler Mühe und – das gilt vor allem von den zu den christlichen Gewerkschaften sich bekennenden Arbeitern – unter *schwersten Opfern* aufgebaut hatten, im nächsten Augenblick durch kirchlichen Machtspruch vernichtet zu sehen.

In Erinnerungen aus meiner Studentenzeit erscheint das Verhältnis Mönchengladbach zum Episkopat nicht ganz so ungetrübt wie in Ritters dokumentarisch belegter Darstellung (in Dokumenten ist das Klima manchmal ein wenig „klimatisiert“). Damals, ein Vierteljahrhundert *vor* der Machtergreifung des Nationalsozialismus, war in einem Frankfurter Hotel, in dem ich einmal abstieg, am Eingang angeschlagen: „Jüdischer Besuch unerwünscht“. In der Eingangshalle des Volksvereinshauses in Mönchengladbach – so sagte man mir darauf anspielend bei meinem ungefähr gleichzeitigen ersten Besuch dortselbst – sei *unsichtbar* angeschrieben: „Bischöflicher Besuch unerwünscht“. Diese immerhin recht freimütige Äußerung eines maßgeblichen Herrn der Zentralstelle gegenüber mir, dem jungen Studenten, prägte sich mir derart ein, daß ich bei meinen späteren Besuchen im Volksvereinshaus beim Durchschreiten des Eingangs immer nach dieser unsichtbaren Inschrift suchte. Ich kann mir nicht denken, daß hier eine Erinnerungstäuschung vorliegt. Wie dem aber auch sei: sicher ist, daß man in der Volksvereinszentrale entscheidenden Wert auf Unabhängigkeit von bischöflichen Weisungen legte und deswegen auf betonte *Distanz* zum Episkopat hielt. Man war sich bewußt und war gewillt, ein katholischer, aber *kein* kirchlicher Verein zu sein. – Erstmals in dem Dokument „De iustitia in mundo“ der römischen Bischofssynode 1971 heißt es: „In Angelegenheiten dieser Art handeln die Glieder der Kirche aus eigener Verantwortung, ohne daß die Verantwortung der Hierarchie dadurch berührt würde.“ Schon 80 Jahre früher haben die Männer des Volksvereins begonnen, nach diesem Grundsatz zu handeln.

Die erste Entspannung im Gewerkschaftsstreit und damit ein Aufatmen in Mönchengladbach brachte die Enzyklika Papst Pius' X. „Singulari quadam“ vom 24. 9. 1912, indem sie den deutschen Bischöfen freistellte, die Mitgliedschaft katholischer Arbeiter in interkonfessionellen Gewerkschaften zuzulassen („tolerari posse“). Tatsächlich gingen nach dem Vorbild von Kardinal Fischer mehr und mehr deutsche Bischöfe über die bloße Duldung hinaus und ermutigten zum Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften. „Sitz Berlin“ dagegen klammerte sich an das „tolerari posse“, um den christlichen Gewerkschaften und deren Förderern immer wieder vorzuhalten, ihre Haltung sei zwar, um größere Übel zu vermeiden, „geduldet“, aber eben damit grundsätzlich *mißbilligt* – bis Pius XI. 1931, zu einer Zeit, da „Sitz Berlin“ längst zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken war, aus der Duldung eine *Billigung* machte („probare“). Inzwischen war der 1. Weltkrieg über den unseligen Gewerkschaftsstreit hinweggegangen und hatte ihn unter sich *begraben*.

Auch in *dieser* Frage war der Volksverein den Weg gegangen, der, wie die Erfahrung erwiesen hat, unter den damaligen Verhältnissen der *einzig gangbare* war.

Zwischenkriegs- und Nachkriegszeit

Nach dem 1. Weltkrieg konnte die Weimarer Reichsverfassung und der in ihr seinen Ausdruck findende demokratische Staat dem Volksverein noch einmal eine Aufgabe stellen ganz ähnlich derjenigen, die er von seiner Gründung an bis zum 1. Weltkrieg erfüllt hatte: die deutschen Katholiken, die wiederum am alten klebten, vom monarchischen Obrigkeitsstaat nicht loskamen und der Demokratie mit ausgesprochener Zurückhaltung begegneten, nunmehr an den *demokratischen* Staat heran und in ihn hinein zu führen. Es wäre zu hart geurteilt, wollte man behaupten, der Volksverein habe diese Aufgabe völlig verfehlt und in dieser Hinsicht nichts geleistet; schließlich war der 1. Vorsitzende des Volksvereins, *Wilhelm Marx*, viermal Reichskanzler der Weimarer Republik, und der Schöpfer und führende Träger der Mönchengladbacher Schulungskurse, *Heinrich Brauns*, acht Jahre lang (1920–1928) Reichsarbeitsminister; damit bezog die Sozialpolitik der Weimarer Demokratie ihre Inspiration wie vordem diejenige des Kaiserreichs aus Mönchengladbach. Aber die nunmehr führenden Männer der Zentralstelle in Mönchengladbach verloren sich in Gemeinschaftsideologie, die allzuwenig Kontakt mit den politischen, sozialen und ökonomischen Realitäten aufwies. So ethisch hochstehend und sozialpädagogisch ansprechend diese Ideologie und das sie popularisierende Schrifttum war, so ist sie im Grund genommen doch der verätherische Ausdruck für den eingetretenen *Leerlauf*. Die ursprüngliche Aufgabe war erfüllt, die neue nicht begriffen und daher auch nicht ergriffen. Aber selbst wenn die neue Aufgabe der Heranführung an den demokratischen Staat und an die Demokratie überhaupt mit aller Entschiedenheit angepackt worden wäre, auch dann hätte der Volksverein unter den veränderten Verhältnissen die einstige Bedeutung nicht zurückgewinnen können, die ihm solange zukam, als er allein auf dem Plan war.

Diese veränderte Lage und die mit ihr unabänderlich gegebene Konsequenz haben wir alle damals nicht richtig erkannt. Der Volksverein stand als eine überzeitliche Größe, als ein „rocher de bronze“ vor unserem geistigen Auge; wer nicht durch organisationspolitische Partikularinteressen anders orientiert (heute würde man sagen: programmiert) war, der *identifizierte sich mit dem Volksverein*. Die Finanzen mußten die Selbsttäuschung zerstören und die tatsächliche Lage enthüllen.

In dem Maß, wie die Katholiken in immer mehr Organisationen Mitglied wurden und Mitgliedsbeiträge entrichteten, mußte die Mitgliederzahl des Volksvereins und mit ihr das *Beitragsaufkommen* zusammenschmelzen. Auch der eigene Verlag des Volksvereins, der Volksvereinsverlag, verursachte mehr und mehr finanzielle Sorgen, nicht zuletzt deswegen, weil der damalige Generaldirektor des Vereins und Verlags in edelmütiger Weise, aber die Finanzkraft von Verein und Verlag überschätzend es unternommen hatte, mit viel Idealismus begonnene, aber finanziell schwache katholische Unternehmen zu stützen, bis dem Volksvereinsverlag und zuletzt dem Volksverein selbst die finanziellen Kräfte ausgingen.

Von den Bemühungen, den offenen Zusammenbruch beider zu vermeiden, sei hier

nur so viel berichtet. Der Volksvereinsvorstand – durchweg führende Politiker der Deutschen Zentrumspartei oder der Bayerischen Volkspartei – nahm sich der Dinge nicht in der unerläßlich notwendigen Weise an. Alle diese Herren waren durch ihre politischen Ämter und anderen Aufgaben voll und ganz ausgelastet; ihre ehrenamtliche Mitgliedschaft im Vorstand bedeutete, daß sie dem Volksverein ihren damals klangvollen Namen zur Verfügung stellten; um sich ernsthaft der Vorstandsgeschäfte anzunehmen, fehlte ihnen einfach die Zeit; auch Alarmnachrichten lösten keine Taten aus. Nur *ein* Vorstandsmitglied machte eine Ausnahme, opferte Zeit und Kraft und bekam das nachher in der Nazizeit schwer zu büßen: Professor *Friedrich Dessauer*. Auch er konnte bei seinen zahlreichen Verpflichtungen nur beschränkte Zeit für diese Aufgabe freimachen und bat deswegen mich, ihm einen Teil des Kraft- und Zeitaufwands abzunehmen. Dessauer war auch der einzige, der sachförderliche Anregungen gab oder Vorschläge machte. In seinem Auftrag habe ich Erkundigungen eingezogen, seine Entwürfe weiter ausgearbeitet, Verhandlungen darüber geführt u. a. m. Für mich war diese Tätigkeit äußerst lohnend, weil sie mich zum ersten Mal mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Berührung brachte; damit erschloß sich mir eine neue Welt.

Eine einzige kleine Erinnerung sei mir hier einzuflechten gestattet. In Stockholm stand der alle 5 Jahre stattfindende internationale Radiologenkongreß bevor, eine für Dessauer unschätzbare Gelegenheit, mit Fachkollegen aus aller Welt in Gedankenaustausch zu treten. Zur gleichen Zeit war die Lage für den Volksverein wieder einmal besonders kritisch. Es war in Berlin. Dessauer nahm mich auf einen Spaziergang in den Tiergarten mit und stellte mir die Frage: „Sie wissen, was die Teilnahme an dem Kongreß für mich bedeutet; Sie kennen auch die Situation beim Volksverein. Unter diesen Umständen bin ich in meinem Urteil befangen; darum entscheiden *Sie*: soll ich nach Stockholm fahren oder hier bleiben, um jeden Augenblick in Sachen des Volksvereins eingreifen zu können?“ Ich sagte ihm: „Fahren Sie nach Stockholm; wenn hier etwas passiert, schicke ich Ihnen ein Telegramm.“ Dessauer ist nach Stockholm gefahren; in den Tagen seiner Abwesenheit passierte nichts.

Von *keinem* der anderen Vorstandsmitglieder ist mir die Bereitschaft zu einem vergleichbaren persönlichen Opfer in Sachen des Volksvereins bekannt. Wohl haben sie später in die eigene Tasche gegriffen, aber das ist nicht ganz dasselbe. – Opferbereit hat sich auch der nachmalige Bischof von Aachen, Msgr. J. J. van der Velden, erwiesen, der von der Leitung des Päpstlichen Werks der Glaubensverbreitung zurücktrat, um die Leitung des allseits im Stich gelassenen Volksvereins zu übernehmen.

Während immer noch Versuche im Gang waren, den offenen Zusammenbruch des Volksvereins zu vermeiden, kam es zur Machtergreifung des Nationalsozialismus. Damit hatte jede Tätigkeit des Volksvereins ihr Ende gefunden. Die Eingriffe der neuen Machthaber bis zur völligen Vernichtung des Volksvereins sind hier ohne Interesse; in dem schon an früherer Stelle erwähnten Werk von *Emil Ritter*, Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert und der Volksverein, kann man sie nachlesen. Die einzigartige Fachbibliothek der Volksvereinszentrale wurde durch einen potenten Nazi aus Lokalpatriotismus für die Stadt Mönchengladbach gerettet; ihm war bekannt, daß Volksverein und Mönchengladbach für die Welt *ein*

Begriff waren. Die Bibliothek ist heute noch zugänglich und wird von der Stadt Mönchengladbach höchst verdienstvollerweise als einzigartige Forschungsstätte für die Geschichte der katholischen Sozialbewegung fortgeführt und auf der Höhe der Zeit gehalten – das einzige, was von der großen Zeit des Volksvereins noch übrig geblieben ist.

Bald *nach Ende des 2. Weltkriegs* flammte noch einmal der Gedanke an eine Neugründung des Volksvereins auf. Auf Einladung von Msgr. van der Velden, nunmehr Bischof von Aachen, fand im Januar 1946 im Dominikanerkolleg Walberberg eine Aussprache darüber statt. Man empfand (und empfindet noch heute) den Mangel eines Mittel- und Sammelpunkts, an dem der soziale Katholizismus im deutschen Raum, soweit ihm nicht wie von den Sowjets in ihrer Besatzungszone bereits jede Lebensmöglichkeit genommen war, sich treffen, seine Gedanken und Erfahrungen austauschen könnte und von wo ständig neue Impulse ausgehen würden wie einst von der Volksvereinszentrale Mönchengladbach. Als Träger dafür bedarf es jedoch keiner Massenorganisation, wie es der Volksverein war. Wie dem auch sei, es kam zu keinem Entschluß, noch weniger zu einem Versuch, den Volksverein wiederaufzubauen.

Die von den deutschen Bischöfen nach dem Tod Pius' XII. errichtete Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle hat mit dem Volksverein nur den Sitz in Mönchengladbach und damit – neben der Nutzung seiner erhalten gebliebenen Bibliothek – nur den Erinnerungswert dieses Namens gemeinsam. Für das seinerzeit vom Volksverein aufgebaute und mustergültig betriebene soziale Bildungswesen besteht heute eine Vielzahl diözesaner und anderer Einrichtungen, die in heute zeitgemäßer Form und mit unvergleichlich größeren finanziellen Mitteln diese wichtige Arbeit weiterführen. Im Gegensatz zu früher sind alle diese Einrichtungen *nicht* Schöpfungen freier Laieninitiative, sondern Glieder des (amts-)kirchlichen Organismus.

Hatte es schon in der Zwischenkriegszeit an der klaren Erkenntnis gefehlt, daß neben der Vielzahl katholischer Organisationen für eine Massenorganisation wie den Volksverein kein Platz mehr war, so hatte diese Erkenntnis sich auch nach dem 2. Weltkrieg noch nicht durchgesetzt. Stattdessen führte die allgemein herrschende Organisationsmüdigkeit von selbst dazu, daß man sich begnügte, die Spezialorganisationen, soweit sie formal noch weiter bestanden, wieder zu beleben und die zerschlagenen wiederaufzubauen. – Wenn unser einst so imposanter *sozialer Katholizismus* heute keine Heimstätte, keinen Sammel- und Treffpunkt mehr hat, so ist das bestimmt mit ein Grund dafür, daß man so wenig von ihm gewahr wird. Unter diesen Umständen kann, wer noch die Erinnerung an seine frühere imposante Wirksamkeit bewahrt, sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, der soziale Katholizismus sei eines sanften Todes entschlafen.